

Auf einen Blick

Regionalpolitik im „Pott“ – die Ruhrgebietsinitiative



Die „Zukunft der Regionalpolitik im Ruhrgebiet“ sorgte am 10. Februar 2016 für angeregte Diskussionen unter den eingeladenen Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen und die Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH luden zum Workshop nach Gelsenkirchen ein.

Das Ruhrgebiet steht für den Strukturwandel wie kaum eine andere Region in Deutschland. „Die Menschen im Pott haben diesen Wandel aufgenommen und gestaltet – immer im engen Schulterschluss mit Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften“, stellte Dr. Rainer Sontowski, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, in seiner Rede fest. Landeswirtschaftsminister Garrelt Duin stimmte ihm zu und erklärte: „Das, was hier im Ruhrgebiet bisher geleistet wurde, kann hilfreiche Blaupause für andere Regionen sein.“

Eine Initiative von Bund und Land für das Ruhrgebiet

Der Workshop in Gelsenkirchen ist ein Teil der so genannten Ruhrgebietsinitiative, die Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zusammen mit der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und dem Initiativkreis Ruhr angestoßen hat. Die Ruhrgebietsinitiative soll dem Strukturwandel in der Region zusätzliche Impulse geben. Sie wird von drei Säulen getragen:

Die erste Säule der Ruhrgebietsinitiative ist die Unterstützung der Investitionstätigkeit der Kommunen durch den Bund. Im kommunalen Investitionspaket werden finanzschwache Kommunen besonders berücksichtigt, wovon unter anderem das Ruhrgebiet besonders profitiert.

Die zweite Säule der Ruhrgebietsinitiative besteht aus konkreten Projekten des Bundes für Infrastruktur, Energie und Innovationen. So fördert beispielsweise die Bund-Länder-

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) betriebliche Investitionen, vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen, und den Ausbau der Infrastruktur. Die GRW unterstützt zum Beispiel die Revitalisierung des Opel-Geländes in Bochum und den Ausbau des Radschnellwegs Ruhr. Weitere durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Projekte mit großer regionalwirtschaftlicher Bedeutung sind das Digitale Kompetenzzentrum für Mittelstand 4.0 in Dortmund und das Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende (SINTEG).

Die dritte Säule der Ruhrgebietsinitiative bilden die Empfehlungen des im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellten Gutachtens zu den „Lehren aus dem Strukturwandel im Ruhrgebiet für die Regionalpolitik“. Die Gutachter von Prognos AG und InWIS an der Ruhr-Universität Bochum stellten ihre Ergebnisse beim Workshop in Gelsenkirchen vor.

Gutachten zu den Lehren aus dem Strukturwandel

Die Handlungsempfehlungen für das Ruhrgebiet gehen über regionale Wirtschaftsförderung hinaus und beinhalten unter anderem eine zukunftsorientierte Ausrichtung des regionalen Innovationssystems, die Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandorts, die konsequente Fortführung des Stadumbaus und die Unterstützung interkommunaler Kooperation.

Für die Weiterentwicklung der regionalpolitischen Instrumente des Bundes empfehlen die Gutachter, erstens den Strukturwandel in Richtung Wissensgesellschaft fortzusetzen, zweitens den digitalen Wandel zu steuern und drittens die Infrastruktur zu sichern. Die zukünftige Regionalpolitik solle interdisziplinär und politikfeldübergreifend ausgerichtet werden. Denn die Wirksamkeit von regionaler Wirtschaftspolitik sei umso höher, je stärker sie in ein Gesamtsystem ineinandergreifender Politiken eingebettet sei.

Weiterentwicklung der Regionalpolitik

Die Ergebnisse des Ruhrgebietsgutachtens und des Workshops in Gelsenkirchen gehen in den Prozess zur Weiterentwicklung der Regionalpolitik ein. Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zu einem gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen nach Auslaufen des Solidarpaktes 2019 verpflichtet.

Der Bund hat im Mai 2015 erste Eckpunkte aufgestellt, um die Regionalpolitik zu einem integrierten gesamtdeutschen System weiterzuentwickeln. Das neue Fördersystem könnte sich auf Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums- und Innovationspotenzials und zur Förderung der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge stützen. Der Workshop in Gelsenkirchen ist der Auftakt zu einer breiten Diskussion über die Zukunft der Regionalpolitik, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in den nächsten Monaten bundesweit führen will.

Kontakt: Dr. Verena Mertins
Referat: Regionale Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

März 2016	
07.03.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)
07./08.03.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
08.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
11.03.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
17./18.03.	Tagung Europäischer Rat in Brüssel
Ende März 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
April 2016	
05.04.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar)
06.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
11.04.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11.04.	Informeller Energierat in Amsterdam
22./23.04.	Eurogruppe und informeller ECOFIN-Rat in Amsterdam
Ende April 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Mai 2016	
09.05.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (März)
10.05.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März)
13.05.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13.05.	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel)
24./25.05.	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
26.05.	Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Telekommunikation)
26./27.05.	Wettbewerbsfähigkeitsrat
Ende Mai 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

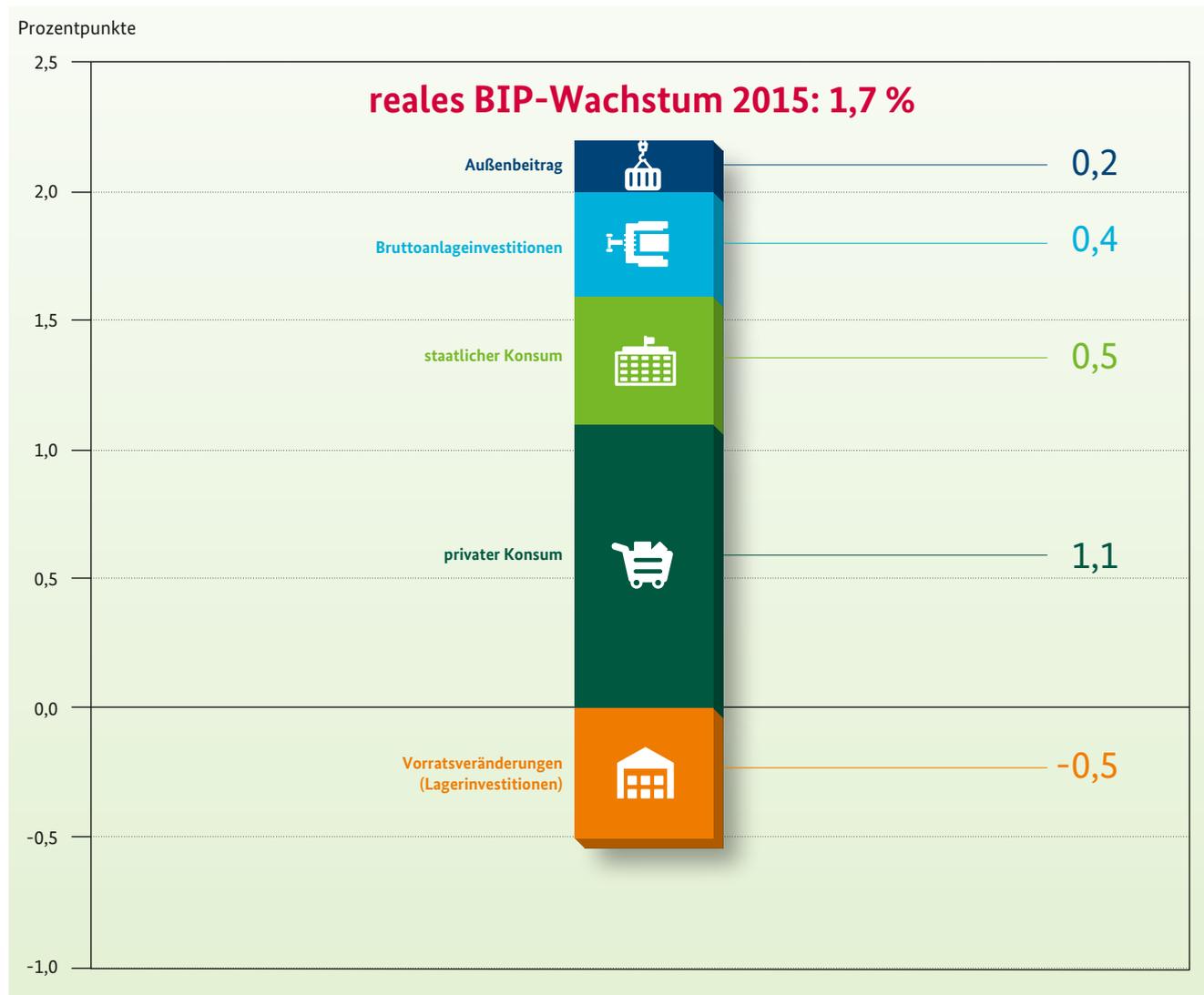


Grafik des Monats

Das Wachstum in Deutschland ...

... steht auf einem breiten Fundament. Im Jahr 2015 ging angesichts anhaltender Beschäftigungszuwächse und hoher Zuwächse der Reallöhne der stärkste Wachstumsimpuls vom privaten Konsum aus. Aber auch die Anlageinvestitionen und der staatliche Konsum lieferten wichtige Beiträge zu einer robusten Binnennachfrage. Zugleich behauptete sich die deutsche Exportwirtschaft in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld, sodass der Außenbeitrag zum Wachstum (Exporte abzüglich Importe) ebenfalls positiv ausfiel. Ein Teil der hohen Nachfrage wurde nicht durch Produktion, sondern durch einen Abbau der Lagerhaltung bedient (negativer Wachstumsbeitrag durch Vorratsveränderungen).

Wachstumsbeiträge zum realen Bruttoinlandsprodukt 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Stand: 23. Februar 2016)